

**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und
Gesundheit**

| | |
|-------------------|-------------------------------------|
| Es informiert Sie | Anita Kretschmer |
| Telefon (0202) | 563 22 24 |
| Fax (0202) | 563 80 15 |
| E-Mail | anita.kretschmer@stadt.wuppertal.de |
| Datum | 25.11.02 |

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses Soziales und Gesundheit am 20.11.2002

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Arnold Norkowsky ,

von der CDU-Fraktion

Herr Prof.Dr. Helmut Brunner , Herr Horst Hombrecher , Herr Theodoros Olympos ,
Herr Günter Pott ,

von der SPD-Fraktion

Herr Jörg Blume , Herr Andreas Mucke , Frau Christa Stuhldreiter , Herr Hans Jürgen Vitenius ,

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Paul Yves Ramette ,

von der FDP-Fraktion

Frau Brigitte Panetta-Jung ,

von der Ratsgruppe DIE GRAUEN

Frau Christa Aulenbacher ,

berat. Mitglied § 58 I GO NRW

Herr Michael Hohagen ,

als sachkundige Einwohner

Herr Hans Bernd Engels , Herr René Erber , Frau Bärbel Hoffmann , Herr Ulrich Ippendorf ,
Herr Thomas Römer ,

Vertreter/innen der Verwaltung:

Frau Gudrun Krause, Frau Marianne Krautmacher, Herr Beig. Dr. Kühn, Herr Jürgen Lemmer,
Herr Thomas Lenz, Frau Stefanie Mäde, Herr Jörg Rieger, Herr Klaus- Peter Stein,
Herr Uwe Temme

Schriftführerin:

Frau Anita Kretschmer

Beginn: 16:10 Uhr

Ende: 17:35 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Änderungen Tagesordnung

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird die Tagesordnung einvernehmlich wie folgt geändert:

- Neu: TOP 2 Impfungen, mündlicher Bericht
- TOP 13 wird TOP 6 Sachstandbericht Arbeitsassistenz SGB IX, VO/0795/02, Antrag der CDU-Fraktion vom 11.11.02
- Neu: TOP 10 Betriebskostenzuschüsse 2002 für Altentagesstätten, VO/0792/02
- TOP 10.1 Förderrichtlinien für Altentagesstätten, VO/0697/02

Alle anderen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Beig. Dr. Kühn nimmt Bezug auf den Beschluss des Ausschusses im April diesen Jahres zur Spritzenvergabe in der JVA. Dort wurde Hauptausschuss und Rat der Stadt empfohlen, eine Resolution an das Land zu richten. Durch einen Fehler der Verwaltung ist die Resolution nicht in den Rat der Stadt gelangt. Beig. Dr. Kühn drückt sein Bedauern aus und fragt an, ob die Resolution an den Rat verwiesen werden soll, oder ob der Ausschuss diese unmittelbar an das Land richten will. Einvernehmlich wird erklärt, dass die Resolution unmittelbar an das Land geschickt wird mit dem Hinweis, dass alle Fraktionen des Rates diese ausdrücklich unterstützen.

2 Impfungen, mündlicher Bericht

Herr Rieger berichtet über die Impfsituation in Wuppertal. Die präsentierten Folien werden der Niederschrift in Papierform beigelegt.

3 Jugendhilfe im Stadtteil -mündlicher Bericht-

Herr Beig. Dr. Kühn erinnert an die dem Ausschuss vorgelegte Drucksache, in der die Verstärkung der Jugendhilfe in den Stadtteilen angekündigt wurde. Er stellt vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor, die diese Aufgabe vor wenigen Tagen aufgenommen haben: Frau Möllmer für Unterbarmen, Frau Bohnsack für die Nordstadt, Herrn Schwarz für Oberbarmen und Herrn Dogan für den Arrenberg.

Der Vorsitzende wünscht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Namen des Ausschusses viel Erfolg. Er hält es für sinnvoll, dass in einem Jahr über die Arbeit im Ausschuss berichtet wird.

Herr Beig. Dr. Kühn stellt Frau Mäde als seine neue Mitarbeiterin vor, die gleichzeitig Ansprechpartnerin für die Anliegen aus der Politik ist.

4 Erklärung von Barcelona

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 20.11.2002:

Die Stadt Wuppertal tritt der Erklärung von Barcelona vom 24. März 1995 bei.

Einstimmigkeit.

5 2003: Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen, Antrag der SPD-Fraktion vom 28.10.02

Herr Engels informiert darüber, dass es bereits ein erstes Treffen zur Maßnahmenplanung unter Beteiligung der Verwaltung gegeben hat. Er hält es für sinnvoll, dass die Planungen des Gehörlosenverbandes in das Gesamtkonzept einfließen.

Eine der weitergehenden Ideen ist, Wuppertaler Partnerstädte in das Programm einzubeziehen.

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 20.11.2002:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fordert die Verwaltung auf, gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und Behindertenorganisationen ein Konzept für das „Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen“ zu entwickeln.

Durch Veranstaltungen, Ausstellungen, Podiumsdiskussionen und andere Maßnahmen im Jahr 2003 sollte allen Wuppertalerinnen und Wuppertalern deutlich gemacht werden, welche zentrale Aufgabe die Umsetzung der Rechte behinderter Menschen für das Zusammenleben spielt.

Einstimmigkeit.

**6 Sachstandsbericht Arbeitsassistenz SGB IX
-Antrag der CDU- Fraktion vom 11.11.02**

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Norf, Vorsitzenden des Stadtverbandes der Gehörlosenvereine e.V. und den Gehörlosendolmetscher, Herrn Altenfeld
Sitzungsunterbrechung: 16.40-16.50 Uhr.

Herr Altenfeld schildert die aktuelle Situation und erklärt, dass die Praxis zeigt, dass eine Regelung zur Finanzierung des Einsatzes des Gehörlosendolmetschers zwischen dem Stadtverband und dem Landschaftsverband erforderlich ist. Er berichtet über konkrete Beispiele.

Herr Beig. Dr. Kühn sagt für die Sozialverwaltung zu, Gespräche mit dem Stadtverband und dem Landschaftsverband zu führen.

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 20.11.2002:

Die Verwaltung wird gebeten, einen Sachstandsbericht über die Umsetzung der durch Sozialgesetzbuch IX zum 01.10.2002 eingeführten Arbeitsassistenz zu geben.

Hierbei sollten die Regelungen über den Einsatz von Gebärdendolmetschern in den öffentlichen Verwaltungen (Stadt,- Arbeits- und Versorgungsamt) besonders klar dargestellt werden.

Einstimmigkeit.

7 Kennzahlen zu Flüchtlingen in Wuppertal - III/2002

Stv. Mucke regt an, die Berichte wie andere nur jedes halbe Jahr in den Ausschuss einzubringen.

Stv. Hombrecher hält es aber für wichtig, über die Tendenzen vierteljährlich informiert zu werden.

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 20.11.2002:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit.

8 Bericht "Migration und Gesundheit"

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 20.11.2002:

Die Drucksache wird an den Arbeitskreis Migration von der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und Stadt Wuppertal als Material überwiesen.

Einstimmigkeit.

9 Übergang der Aufgaben der Seniorenarbeit auf APH

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 20.11.2002:

Der Ausschuss nimmt die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

Einstimmigkeit.

10 Betriebskostenzuschüsse 2002 für Altentagesstätten

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 20.11.2002:

Den freien Trägern von Altentagesstätten (siehe Anlage) wird vorbehaltlich der von der Stadtparkasse Wuppertal in Aussicht gestellten Spende von 205.000,00 EUR zu den zuschussfähigen Personal- und Sachkosten für 2002 ein Betriebskostenzuschuss in Höhe von 61 % gewährt.

Einstimmigkeit.

**10.1 Förderrichtlinien für Altentagesstätten,
-Antrag der SPD- Fraktion vom 21.10.02**

Herr Römer weist darauf hin, dass es eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Sozialverwaltung und der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege gibt, die sich mit der Qualität und Verteilung der Seniorenarbeit in den Stadtteilen befasst. Er regt an, die Ergebnisse in die Richtlinien einfließen zu lassen.

Herr Beig. Dr. Kühn entgegnet, dass der Auftrag die inhaltliche Ausrichtung der Seniorenarbeit betrifft und spricht sich aus praktischen Erwägungen dafür aus, die Richtlinien zeitnah zu überarbeiten.

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 20.11.2002:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fordert die Verwaltung auf, die Förderrichtlinien für Altentagesstätten zu überarbeiten. Dabei sollen besonders folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden:

- die Grund-/Leitsätze moderner Seniorenarbeit,
- daraus resultierend die ausreichende Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Altentagesstätten,
- die Anforderungen, die aus einer sich verändernden Bevölkerungsstruktur resultieren (z. B. die Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse von älteren Migrantinnen und Migranten).

Über diese Überarbeitung berichtet die Verwaltung dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen.

Einstimmigkeit.

11 Gegen Kürzungen bei der Soforthilfe für Abhängige von illegalen Drogen, -Antrag der SPD- Fraktion vom 21.10.02

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 20.11.2002:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss der Stadt Wuppertal fordert die Mitglieder des Landtages NRW auf, der im Haushaltsplanentwurf 2003 des Landes vorgesehenen Streichung der Finanzmittel für die Modellmaßnahme „Soforthilfe für Abhängige von illegalen Drogen“ nicht zuzustimmen.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss der Stadt Wuppertal schließt sich damit dem Appell aller Fraktionen der Landschaftsversammlung Rheinland an, das Soforthilfeprogramm weiterzufinanzieren.

Der Sozialausschuss unterstreicht, dass er seine in der am 4. September 2002 beschlossenen Resolution gegen die geplanten Kürzungen im Sozialbereich des Landeshaushaltes NRW gemachten Aussagen und Forderungen aufrecht erhält.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss bittet die Stadtverwaltung Wuppertal, sowohl die Landesregierung NRW als auch alle Landtagsabgeordneten über seinen heutigen Beschluss und den Inhalt der o. g. Resolution zu unterrichten.

Einstimmigkeit.

12 Umsetzung des Grundsicherungsgesetzes

Entgegennahme ohne Beschluss.

13 Bericht der Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf öffentlichen Straßen und Plätzen, Berichtszeitraum November 1999 bis November 2001

Entgegennahme ohne Beschluss.

14 Heimaufsicht, mündlicher Bericht

Beig. Dr. Kühn kündigt an, dass ab Anfang nächsten Jahres die Heimaufsicht durch eine weitere Mitarbeiterin verstärkt wird.

15 Rahmenvertrag mit dem DPWV, mündlicher Bericht

Beig. Dr. Kühn informiert darüber, dass noch Gesprächsbedarf innerhalb der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege besteht und der Abschluss sich deshalb verzögert. Er hofft, dass Anfang März 2003 ein Ergebnis vorliegt.

16 Mitteilungen der Verwaltung

Keine.

17 Wünsche und Anregungen

Frau Panetta-Jung erinnert an den vor knapp einem Jahr gefassten Beschluss zur Einrichtung einer Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche.

Beig. Dr. Kühn erklärt, das auf der Basis des Beschlusses ein Konzept entwickelt worden ist, die Umsetzung aber nicht erfolgt ist, weil die Finanzierung aus dem Personalkosten- Sonderfond nicht gesichert werden konnte. Die Pflichtaufgaben haben Vorrang erhalten. Es werden Überlegungen angestellt, ob die Realisierung durch Umschichtung von Haushaltsmitteln innerhalb des Ressorts möglich ist. Darüber hinaus werden Gespräche mit den freien Trägern geführt, um auch dort mögliche Kontingente zu ermitteln. Weitere Ergebnisse sind nicht vor April nächsten Jahres zu erwarten.

Herr Ippendorf macht auf die Veranstaltungen zum Welt-AIDS-Tag am 01.12.02 aufmerksam und lädt zur Teilnahme ein.

Herr Vitenius lädt ein zur Ausstellung „Sucht hat immer eine Geschichte“, die in der Zeit vom 05.12. bis 18.12.02 im Verwaltungshaus Elberfeld stattfindet. Er betont, dass diese Ausstellung neben dem Engagement der Beteiligten ohne den finanziellen Beitrag der Fachstelle für Suchtvorbeugung nicht ermöglicht werden könnte.

Herr Engels informiert über ein Rockkonzert am 29.11.02 in der Färberei, zu dem der Behindertenbeirat in Zusammenarbeit mit dem Stadtbetrieb Jugend & Freizeit einlädt. Er weist darauf hin, dass eine Fortbildungsveranstaltung zur integrativer Freizeitpädagogik aus finanziellen Gründen nicht durchgeführt werden konnte. Er meint, dass eine Realisierung im März nächsten Jahres möglich ist und hofft auf die Unterstützung des Ausschusses.

Arnold Norkowsky
Vorsitzender

Anita Kretschmer
Schriftführerin